

Interpellation Fraktion FDP (Bernhard Eicher, FDP): Unseriöse Vermieter betreiben Sozialhilfemissbrauch: Was unternimmt die Stadt dagegen?

Während der vergangenen Wochen wurde eine neue Art des Sozialhilfemissbrauchs bekannt. Gemäss der Zeitung „Bund“ vom 12.02.2016, S. 17 kämpfen die Städte Zürich und Biel aber auch die Gemeinden Münchenbuchsee und Ostermundigen mit Liegenschaftsbesitzern, welche für ihre Wohnungen mit Sozialhilfebezüglern überrissene Mietzinse verlangen. Dies im Wissen darum, dass es für einzelne Sozialhilfebezüglern äusserst schwierig ist, geeignete Wohnungen zu finden.

Aus Sicht der Fraktion FDP.Die Liberalen ist diese Ausnützung einer Notsituation aus zwei Gründen zu bekämpfen. Erstens wird damit indirekter Sozialhilfemissbrauch betrieben. Die öffentliche Hand – und damit letzten Endes der Steuerzahler – wird durch unseriöse Liegenschaftsbesitzer unverhältnismässig zur Kasse gebeten. Die unseriösen Liegenschaftsbesitzer können sich durch Missbrauch des Sozialstaates persönlich unverhältnismässig bereichern. Zweitens wird durch besagtes Verhalten das Image der Hauseigentümer beschädigt. Das Gros der Hauseigentümer hat ein gutes Verhältnis zu seinen Mietern und es werden für beide Seiten faire Mietzinse ausgehandelt. Seriöse Hauseigentümer leiden durch das Verhalten einzelner schwarzer Schafe.

Die Bekämpfung von Sozialhilfemissbrauch mittels überrissener Mietzinse liegt deshalb sowohl im Interesse der öffentlichen Hand als auch der Hauseigentümer. Der Gemeinderat wird deshalb gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Bei wie vielen Wohnungen mit Sozialhilfebezüglern ist davon auszugehen, dass die verlangten Mietzinse über den marktüblichen Verhältnissen liegen?
2. Bei wie vielen Wohnungen mit Sozialhilfebezüglern ist davon auszugehen, dass mittels der verlangten Mietzinse die SKOS-Richtlinien ausgereizt werden (Miete CHF 900.00/Monat, hohe Nebenkosten)?
3. Was unternimmt die Stadt bisher, um solche Fälle von Sozialhilfemissbrauch zu bekämpfen?
4. Welche politischen Entscheide sind nötig, um den Kampf gegen solche Fälle von Sozialhilfemissbrauch verstärken zu können?

Bern, 18. Februar 2016

Erstunterzeichnende: Bernhard Eicher

Mitunterzeichnende: Mario Imhof, Jacqueline Gafner Wasem, Barbara Freiburghaus, Alexandra Thalhammer, Dannie Jost, Christoph Zimmerli